

Er scheint wöchentlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buch-
handlungen des In- und
Auslandes an.
Filial-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
G. A. Schneider,
98 S. Market str. corn.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Rgr. Sachsen u. Preuß.
Sachl.-Altenburg auch auf
den 1. Monat à 5 Sgr.
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 68.

Mittwoch, 6. August.

1873.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate August und September zu 10³/s Neugroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch für Monat August allein zu 5¹/₂ Ngr., für Leipzig für August zu 6 Ngr. bei der Expedition Zeigerstraße 44, Petersstraße 18 und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Neuditz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Neuditz, Kapellenstraße 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei dem Uhrmacher Reinhard in Lindenau, für Connewitz u. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für Klein-Flöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Parteienossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

Parteienossen! Durch Erlass des k. Kommissars der Stadt Nürnberg vom 31. Juli d. J. ist die Abhaltung des Kongresses dahier untersagt. Weiteres wird der Ausschuss bekannt geben.
Nürnberg, 3. August 1873.
J. A.: Hans Wörlein, Bergstr. 17.

„Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen.“

Ein Nachwort zu dem Frankfurter Bierkrawall-Prozesse gegen Israel und Genossen.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 27. Juli.)
Das Verdict in dem Monsterverfahren ist gefällt. Nach zehn-
tägigen Verhandlungen sind sämtliche Angeklagte ohne irgend
eine Ausnahme von den Geschworenen für „schuldig“ befunden
worden. Die Thüre des Zuchthauses oder des Gefängnisses bildet
— um einmal in dem hergebrachten Gerichtsreporterstyle zu reden
— für die traurigen Akteure der blutigen Szenen des jüngsten
„Ridderhestages“ den Vorhang, hinter dem sie nunmehr verschwin-
den. Für das Interesse des großen Publikums ist mit dem gestri-
gen Tage der „Bierkrawall“ eine abgethane Sache und wenn auch
das ergangene Urtheil vielleicht noch eine Zeit lang Gegenstand
von billigen oder mißbilligenden Commentaren sein wird, so
werden dieselben in dem raschlebigen Sein unserer Tage sehr bald
verklingen, die Verhandlungen gegen Israel und Genossen ebenso
der Vergessenheit anheimfallen, wie so manches Andere. Ehe dies
geschieht, möchten wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf einige
Wahrnehmungen hinlenken, die sich Jedem, der mit unbefangener
Sinne den trüben und langwierigen Erörterungen in dem Land-
weinhanse beigewohnt hat, mit unübersehlicher Macht aufdrängen
müßten. Wir sind eben der Ansicht, es lohne sich wohl der Mühe,
wenigstens diese Ergebnisse der Affisenverhandlungen bestimmt zu
fixiren und festzuhalten. Ja wir glauben direkt eine publicistische
Pflicht zu erfüllen, wenn wir auf Dinge hinweisen, deren völlige
unzweideutige Klarstellung während der Verhandlungen — wenn
uns nicht unser Wahrnehmungsvermögen völlig täuschte, von allen
Seiten mit einer gewissen Scheu vermieden wurde.

Was war der sogenannte Bierkrawall vom 21. April? Hat
man in ihm ein gewordenes oder ein gemachtes Ereigniß zu
erkennen? War er zufälliger, spontaner Ausbruch einer über-
reizten allgemein verbreiteten Mißstimmung gegen die Brauer,
welche den Preis ihres Fabrikats ohne zwingenden Grund erhöht
hatten oder vorbedachte planmäßig angelegte und durchgeführte
Ausnutzung eines zum Erregnen von Ercessen irgend welcher Art
überaus günstigen Moments? Waren die Szenen jenes blutigen
Montags nur ein „Abklatsch“ der bekannten, zwar rohen und
brutalen, aber in ihren Motiven harmlosen Krawalle, als deren
Vaterland das Bierland Bayern angesehen werden darf, oder gab
es bei den Frankfurter Vorgängen Leute, die „hinter den Cou-
lissen“ her den Ausschlag des volkstheoretischen Geträufels als rein
äußerlichen Anlaß benutzten, um Absichten zu erreichen, die weit ab-
liegen von Bierkonsum und Bierpreis? Das sind die Fragen, die
im Laufe der Verhandlungen gegen Israel und Genossen von den
verschiedenen Parteien durch die Nöthigung der Stellung und des
Moments angeregt, aber von keiner Seite genügend beantwortet
wurden, obwohl unserer unmaßgeblichen Ansicht nach deren gründ-
lichste Bescheidung, sowohl für die Beschuldigten wie für die All-
gemeinheit von höchster Bedeutung war. Das Schicksal der An-
geklagten ist mit dem Verdict der Geschworenen und dem Urtheile
des Gerichtshofes wohl endgültig entschieden, heute dürfen wir
also versuchen, Klarheit über die oben berührten Zweifel zu ge-
winnen, ohne uns dem landläufigen Vorwurfe anzusehen, als
wollten wir auf den Gang der Affisenprozedur einen unzulässigen
Einfluß ausüben.

Wenn man einen zusammenfassenden Blick über den ganzen
Verlauf der Affisen-Verhandlung wirft, erscheint eine spezielle An-
wort auf die oben aufgestellten Fragen kaum mehr nöthig. Sie
ist in den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen so vollständig
und abschließend gegeben, daß nachträglich kaum etwas zu- oder
abgehan werden kann. Ein roher spontaner Ausbruch einer vor-
handenen tiefgehenden Mißstimmung über den Bierauschlag war
der sogenannte Frankfurter Bierkrawall absolut nicht, dies ist
nach der Vernehmung zahlreicher Zeugen als durchaus feststehende
Thatsache anzusehen. Obwohl die Preishöhung, welche die hie-
sigen Brauer auf dem Wege der gegenseitigen Vereinbarung vom

1. April eintreten ließen und ihren Anhängern (den Wirthen)
anzuwachen, in den thatsächlichen Verhältnissen kaum motivirt er-
schien, war derselbe an der hiesigen Bevölkerung ziemlich „spur-
los vorübergegangen“. (Worte des Polizeipräsidenten Herzogen-
hausen in der Nachmittags-Sitzung vom 15. Juli.) Ein eigentliches „Nur-
ren“ (nach dem Ausdruck des Herrn Affisen-Präsidenten Eckardt)
über die Erhöhung des Bierpreises war in den Wirthschaften,
welche von den betreffenden Bevölkerungsschichten besucht werden,
kaum vernommen worden (vergleiche Aussagen der verschiedenen
Wirthe auf ausdrücklichen Vorhalt). Die allenfalls vorhandene
Unzufriedenheit, welche durch die erhöhte Preisnormirung des
Bieres hier in Frankfurt veranlaßt worden war — so läßt sich
das Ergebnis sämtlicher Zeugenaussagen mit größter Präzision
und Schärfe zusammenfassen — besaß in keiner Weise den
Grad von Stärke und Intensität, der naturgemäß vorhanden ge-
wesen sein müßte, wenn sie als allgemeine Ursache der am 21.
April viele Stunden lang spielenden und sich zum vollen Aufbruch
steigenden Erresse gelten sollte. Die Polizeibehörde hatte die Sach-
lage hier in Frankfurt richtig aufgefaßt, als sie trotz der unläs-
senden vagen Gerüchte von einem bevorstehenden Bierkrawall an-
nahm, daß ein solcher nicht entstehen werde. Sie ließ indeß
die Möglichkeit völlig außer Acht, daß derartige Erresse gemacht,
provocirt werden können und darin liegt um so mehr ein Vor-
wurf für sie, als selbst durch das Organ des Polizeipräsidenten
zugegeben werden mußte, daß in gewissen, in sich ziemlich abge-
schlossenen Kreisen unter anderen auch hinsichtlich der Bierpreis-
erhöhung „Agitation und Aufregung“ geherrscht habe. So ganz
vage und gegenstandslos können übrigens denn doch auch die Ge-
rüchte über das Bevorstehen und die eventuellen Ursachen eines
Bierkrawalls nicht gewesen sein, sie haben, wie sich ziemlich exact
nachweisen läßt, vielmehr alle nach einer bestimmten Richtung ge-
deutet. Drohungen, so besaß der Anklageakt, hatten den Pächter
Mery in der Gräflichen Wirthschaft am Allerheiligenthor bewo-
gen, am 19. und 20. das Bier zu vier Kreuzer zu geben. Unter
allen Frankfurter Wirthen ist Mery der einzige, dem
derartige ganz bestimmte formulirte Winke gegeben
worden sind. Woran liegt dies? Woher dieser auffällige Um-
stand? Die Untersuchung hat es nicht aufgeklärt. Ein einziger
Blick auf die bekannten rothen Anschlagzettel an unseren Straßen-
ecken zeigt indeß sehr deutlich und beweiskräftig, wer diejenigen
sind, von denen das Gräßliche Polak in der jüngsten Zeit und
schon seit einer geraumen Weile vorzugsweise frequentirt wird.
Es sind eben diejenigen, in deren Mitte (nach Ansicht und Kennt-
niß der Polizei) „Agitation und Aufregung“ durch alle Mittel
wider gehalten worden. Zudem bekundete der Polizeikommissär
Schuhmacher bei seiner Vernehmung vor dem Schwurgerichte, es
sei ihm am 18. April von „vertrauenswerther Seite“ (eigene
Worte des Herrn Polizeikommissär) die bestimmte Mittheilung ge-
worden, daß für den „Ridderhestag“ ein Bierkrawall geplant
werde. Nachdem die betreffende Anzeige beim Polizeipräsidium
erstattet worden, sandte dies am 19. Herrn Polizeirath Kumpf
nach Offenbach, und ließ sich fälschlicherweise überzeugen, daß die
„Zuzugsgerüchte“ (von denen also — auch das ist charakte-
ristisch — in jener von „vertrauenswerther Seite“ stammenden Mit-
theilung die Rede war) unbegründet seien. Weßhalb, so fragen
wir gewiß mit Recht, schickt man nun den Herrn Polizeirath ge-
rade nach Offenbach — nach demselben Offenbach, aus dem
nach der Hand „Zuzug“ zu dem Bierkrawall wirklich stattge-
funden hat, da z. B. der in der Fahrgasse von dem Soldaten
Vemi getödtete Hoffmann dorthin gekommen war und in Offen-
bach von seinen Genossen mit Ostration begraben wurde? Doch
alles dies nur ganz beiläufig; der Beweis, daß die achtzehn De-
molirungen, resp. Demolirungs-Versuche, welche am 21. April an
hiesigen Wirthschaften und Brauereien stattfanden — der Beweis,
daß der ganze Verlauf dieses unglücklichen Tages auf einem vor-
bedachten und verabredeten Plane einer Mehrzahl von Per-
sonen beruhte, die sich ihrer Absichten vollkommen bewußt waren
— dieser Beweis ist durch die Verhandlungen so bestimmt
erbracht worden, daß ihn heute Niemand mehr anzustreben im
Stande ist. Es ist konstatirt (durch die dienstliche Aussage des
Schuttmann's Oppert), daß am Osterdienstag, den 14. April, hier
in Frankfurt eine Verabredung stattgefunden hat, am 21. April
einen Erzeß zu veranstalten, zu dem die Erhöhung des Bierpreises
den Vorwand abgeben sollte. Die „Stadt Lindau“ in der
Fahrgasse bildete das vorherbestimmte Rendez-vous der aus-
wärtigen Teilnehmer. Von dort begaben sich diese, die im Laufe
des Morgens eingetroffen, in die Wirthschaft von Götz in der
heiligen Kreuzgasse, wo sich die einheimischen Mitwisser des Um-
standes, das es „losgehen“ sollte, zusammengefunden hatten. Auf
dem großen Bleichgarten — inmitten und begünstigt von dem
Wegewahl des Ridderhestages, das unzweifelhaft in die Berech-
nung eingezogen war — wird von den allseitig erkannten und
identifizirten Anführern der vandalische Zerstörungszug geordnet,
der unter bestimmtem Kommando von dort seine verderblichen
Wogen durch die Stadt zu wälzen beginnt. „Unsere Leute“
(siehe Anklageakt und Aussage des Zeugen Roth), „Wir“, „un-
sere Seite“, „meine Anhänger“ (Voruntersuchungsprotolle des
Angeklagten Schebert) — das ist die Redeweise, der sich die no-
torischen Rädelshörer und Demolirungs- und Plün-
derungsheerführer bedienen — sie ist es, die in der Voruntersuchung
unter dem wahrheitsfördernden Eindruck der eben geschehenen Ver-
haftung bei den Angeklagten wiederkehrt, um erst in der Haupt-
verhandlung vor den Geschworenen und dem Munde der Ange-
klagten, die sich auf die Taktik des Zeugens legen, zu verschwin-
den. Ja selbst während der Affisenprozedur drängt sich noch ein-
mal dies bewerkenswerthe „Wir“ auf die Lippen eines der Haupt-
schuldigen: „Wir haben nicht gestohlen.“ „Wir kommen auch ein-

mal daran“ — damit sucht sich der Angeklagte Israel einem Mit-
gefangenen gegenüber hinsichtlich einer eventuellen Zuchthausstrafe
zu trösten. Man wird zugeben müssen, daß dies stets wiederkeh-
rende „Wir“ und „unsere“ auf ein sehr bestimmtes ausgeprägtes
und scharfes Gruppenbewußtsein hindeuten, dessen Vorhanden-
sein keineswegs Wunder nehmen darf, da durch die Verhandlungen
unwiderleglich der Nachweis geführt wird, daß in der That ein
doppeltes Band existirt, durch welches die an den Tumultigen
Betheiligten in verschiedenem Grade unter einander zu festen lang-
bestehenden Verbindungen vereinigt werden. Es ist dies ein-
theils die Mitgliedschaft der Genossenschaft des Schrei-
nergewerkes, andertheils die Mitgliedschaft des All-
gemeinen Arbeitervereins. Unter sich haben diese beiden Ver-
bindungen, wie hier hinlänglich bekannt ist, den allerengsten
Zusammenhang. Nachdem wir vorausgeschickt, daß von sieben-
undvierzig vor die Affisen Verwiesenen nicht weniger wie 10
dem Schreinerhandwerke angehören, geben wir folgendes zu
erwägen: Der Angeklagte Israel, der die Versammlungen des
Allgemeinen deutschen Arbeitervereins regelmäßig besucht,
befand sich am Osterdienstag (demselben Tage beiläufig, an dem
der bekannte Versuch gemacht wurde, den seit Monaten in unserer
Stadt weilenden Agitator des Allgemeinen deutschen Ar-
beitervereins, Frohne, welcher sich damals in Untersuchung-
haft befand, zu befreien) hier in Frankfurt und bestellte den
Angeklagten Destreich auf den Ridderhestag in die Stadt Lin-
dau: „weil es an diesem Tage losgehen sollte“; Israel
erscheint neben dem Schreinergehilfen Schebert, dem in der
Fahrgasse erschossenen Bader Reim, „einem vertrauten
Freunde des Schlossergesellen Frohne“, wie der Anklage-
akt sagt, sowie neben verschiedenen Andern als eigentlicher Orga-
nizator der Zerstörungskolonnen auf dem großen Bleichgarten.
Der Schreiner Schebert, ebenso wie der Schreiner Hoff-
mann (der dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein
laut Mitgliedsverzeichnis vom 1. Januar d. J. ange-
hört hat, aber, wie viele der Angeklagten, aus demselben an-
geblich ausgetreten ist) sind Mitglieder der Gewerkschaften
der hiesigen Arbeitervereins, einem Annex des Allgemei-
nen deutschen Arbeitervereins. Schebert, der, wie oben
schon mitgetheilt wurde, in der Voruntersuchung von „meinen
Anhängern“, von „unserer Seite“ sprach, führt das „wir“
stetig im Munde und gibt zu, „an der Spitze einer grö-
ßeren Anzahl von Schreinergehilfen“ marschirt zu sein.
Wir erinnern hier noch einmal an die von dem Zeugen Roth
vernommenen Worte: „wo sind denn unsere Leute, ist denn
hier noch nichts geschafft?“ — wir erinnern daran, daß Adam
Weber, der Träger der rothen Fahne auf dem Wege zu Reut-
linger, diese von einem „Schreiner“ zum momentanen Aufbe-
wahren erhalten haben will, den er im Allgemeinen deutschen
Arbeiterverein gesehen habe, aber nicht näher kenne, — wir
weisen darauf hin, daß für eine größere Anzahl von Angeklagten
die Mitgliedschaft bei dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein
konstatirt ist, während nicht ein einziger der drei und
achtzig bislang Verurtheilten einer anderen Vereinigung
angehört hat, und fragen diesen Thatsachen gegenüber:
Ist die Möglichkeit vorhanden, daß der auf Schritt und Tritt in
die Augen springende Zusammenhang zwischen Bierkrawall,
Schreinergewerkschaft und Allgem. deutschen Arbeiter-
verein ein rein zufälliger? Der Herr Polizeipräsident
hat diese Frage bejaht; wir sind nicht in der Lage, dies zu
sagen — wir verneinen sie vielmehr in der bestimmtesten
Weise, namentlich der üblichen „Entrüstung“ gegenüber, mit
der von dem Leiter der hiesigen Polizei, dem Affisenpräsi-
denten und dem Staatsanwalt die zu öffentlichem Ausdruck
gelangte, hier vielverbreitete und nachgewiesenermaßen sehr wohl-
begründete Ansicht behandelt wurde, daß die Ereignisse vom 21.
April „provocirt“ seien. An ein „Arrangement“ von Seiten
der hiesigen Polizei, wie die Hindeutung in seltsamem Mißver-
ständniß vom Herrn Polizeipräsidenten aufgefaßt wurde, dachte
dabei gewiß Niemand in Frankfurt, da man dieselbe mangelhaft
dazu für unfähig hält. Daß die scheußlichen Vorgänge des
Ridderhestages in ihren Anfängen künstlich hervorgerufen worden
sind, ist unserem Ermessen nach vollständig erwiesen; es ist
also Thatsache, daß die vor dem Affisenhof erschienenen Angeklag-
ten in Wirklichkeit „nur Statisten und Verführte“ waren, daß die
„eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen standen“, wie sich der
Herr Staatsanwalt in seinem an tönenden Sätzen und zeitgemä-
ßen Anspielungen so überreichen Vortrage auszudrücken beliebte.
Das unbedachte Wort von den „eigentlichen Schuldigen hinter den
Coulissen“ gewinnt aber im Munde eines Staatsanwalts eine
verzweifelt zweideutige Schärfe, wenn es sich um Dinge han-
delt, die von dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein
in Scene gesetzt worden sind. Wo von der öffentlichen Meinung
in diesem Falle mit vernichtender Uebereinstimmung „die eigent-
lichen Schuldigen hinter den Coulissen“ gesucht und gefunden werden —
das halten wir uns nicht verpflichtet, unter den bestehenden Prä-
verhältnissen, dem Herrn Staatsanwalt mit dürren Worten zu
sagen und zwar um so weniger, je lauter es von allen Da-
hern herab gepfeifen und gesungen wird. Das „rothe
Gespenst“, welches sonst zu bestimmten Zwecken rein theoretisch
citirt zu werden pflegt, ist der größeren Wirkung wegen einmal
praktisch beschworen worden — das ist auch die Lösung des
sehr fragwürdigen Räthfels, weshalb gerade in Mannheim
und Frankfurt Bierkrawalle entstehen konnten, die in gewissen
Kreisen mit inuigem Behagen, ja mit wahrer Genußnahme auf-
genommen worden sind. Was der Allgemeine deutsche Arbeiter-
verein selbst über den Frankfurter Bierkrawall denkt — darüber
zum Schlusse noch folgender Fingerzeig, der an Deutlichkeit

nichts zu wünschen läßt. Kurz nach den Ereignissen des 21. April beramte die hier bestehende Mitgliedschaft der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (Eisenacher Richtung) eine öffentliche Besprechung des Bierkrawalls an. Am Abend, wo die betreffende Versammlung in der „Allemania“ stattfand, erschienen die Mitglieder des Allg. deutschen Arbeitervereins in der bekannten Uebersahl und ließen durch Majorität einfach das betreffende Thema von der Tagesordnung absetzen. Sapiienti sat (für den Verständigen genügt das!) — für heute wenigstens.

Politische Uebersicht.

Ueber den Frankfurter „Bierkrawall“, dessen vor die Affisen gestellte Opfer soeben zu schweren Strafen (45 Angestellte zusammen zu fünfundsiebzig Jahren Zuchthaus, einunddreißig Jahren und neun Monaten Gefängnis, und hundertfünfundsiebzig Jahren „Ehrverlust“!) verurtheilt worden sind, bringt die „Frankfurter Zeitung“ einen sehr bemerkenswerten Artikel, den wir, seiner Wichtigkeit halber, an einer andern Stelle vollständig zum Abdruck bringen. Der Artikel ist betitelt: „Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen“ und führt auf Grund feststehender Thatsachen, mit wuchtiger, wohl kaum eine Widerlegung zulassender Logik den Beweis, daß jener Krawall von den bekannten Berliner Ober-Sozialdemagogen durch die ebenfalls bekannten Unter-Sozialdemagogen in Scene gesetzt worden ist. Wir sind begierig, ob die preussische Regierung, auf die als die eigentliche Urheberin jenes schmachvollen und blutigen Treffes mit Fingern hingewiesen ist, es wagen wird, einen Prozeß gegen die „Frankfurter Zeitung“ und damit gegen sich selbst zu provoziren.

Eine sehr eigenthümliche Rolle haben in diesem Prozeß der Staatsanwalt (Kuniz heißt der Mann) und der Schwurgerichtspräsident (Edhardt ist sein Name) gespielt. Während Ersterer aus Leibeshäften gegen die „gewissenlosen Agitatoren“, die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen“ losdonnerte, und den Berliner Wauwau vor Geschworenen und Publikum gräßliche Grimassen machen ließ, bestreift sich Letzterer den Angeklagten gegenüber einer Redeweise, die wohl in preussischen Kavernen, jedenfalls aber nicht in einem Gerichtssaale am Platz ist. In der Sitzung des 16. Juli schalt er den Angeklagten Israel: „Sie sind ein frecher Weasel, Sie sind ein frecher Weasel!“ dabei handelt Sie in ganz dummer Weise (weil Israel nicht nach dem Belieben des Hrn. Präsidenten ausfragen wollte!); den folgenden Tag (17. Juli) fuhr er den Angeklagten Schüller an: „Wie können Sie es wagen, alle die Sachen (sic), die Sie in der Voruntersuchung gestanden haben, jetzt wieder zu leugnen?“ Und in der Sitzung des 22. Juli ließ dieser Präsident, der sich gewiß sehr beleidigt fühlen würde, wenn man ihm Mangel an gewöhnlichster Bildung vornürfte, dem Angeklagten Beck gegenüber, der nicht die von dem Herrn Präsidenten gewünschten Antworten gab, zu der unerbörten Bemerkung fortzueilen: „So klein Sie sind, so viel Lügen Sie!“

Es sind das Aeußerungen, die an sich schon im höchsten Grade unschicklich sind, im Munde eines Gerichtspräsidenten aber noch außerdem die vollständigste Unkenntnis oder vollständiges Ignoriren der Pflichten des Richteramts, namentlich des Amtes eines Schwurgerichtspräsidenten, bekunden. Derselbe Herr Präsident fand sich bemüht, in der Sitzung des 17. Juli auch die traurige Geschichte unkenntlich an den Tag zu legen, indem er bemerkte: „die rothe Fahne bedeutet Plünderung, Mord, Diebstahl und jede andere Niederthat“. Der Herr Präsident verwechselte hier größttheils die rothe Fahne mit verschiedenen zwei- und dreifarbigen Zeugstücken, die bei „Plünderung, Mord, Diebstahl und jeder anderen Niederthat“ auf großem Fuß allerdings nicht gefehlt haben. Oder sollte der Herr Präsident etwa zufällig dahinter gekommen sein, daß die rothe Fahne in den ersten Jahren der Französischen Revolution die Fahne der „bürgerlichen Ordnung“ war, und daß Roth dann später die Lieblingsfarbe des royalistisch-pfäffischen Raub- und Mordgefindeleis der Bende bildete?

Als bezeichnend für unsere modernen Partei- und Preßzustände sei hier hervorgehoben, daß das in der letzten Nummer des „Volkstaat“ besprochene Gutachten des preussischen Obertribunals, obgleich dasselbe schon vor 14 Tagen von der „Nord. Allg. Ztg.“ veröffentlicht wurde, bis dato von der germanischen deutschen Presse mit absolutem Stillschweigen übergangen worden ist. Das einzige und bekannte Blatt, welches diese juristisch-polizeiliche Monstrosität erwähnt hat, ist die „Frankfurter Ztg.“ Der Grund, welcher das Verhalten der Presse bestimmt, liegt auf der Hand. Der Entschluß des Obertribunals richtet sich gegen die Sozialdemokratie, und Alles, was sich gegen die Sozialdemokratie richtet, hat den offenen oder geheimen Beifall aller übrigen Parteien; von den Junkern abwärts bis zu den Nationalliberalen, Fortschrittler, und Bourgeoisdemokraten.

Herr Mantuffel, der verunglückte siebenjährige Kriegsheld macht gegenwärtig wieder viel von sich reden. Abgesehen von allerhand Allosorien, hat er soeben von „in Frankreich ersparten Geldern“ jedem unter ihm stehenden Offizier 200 Thlr. zur Neuequipirung, und jedem Regiment seiner Kommandantur einen „eisernen Fonds“ von 15,000 Thlr. geschenkt, dessen Zinsen bei „festlichen Gelegenheiten“ — verjubelt, alias vertheilt werden sollen; von den nämlichen „Ersparnissen“ legt er in Mainz eine große Präservenfabrik (soll wohl heißen Erbswürstfabrik — was ja ein sehr rentables Geschäft ist) an; und neben diesen vielseitigen Beschäftigungen findet er noch die Zeit zu einer kleinen schlüpfrigen Hofkampagne, die indeß ziemlich erfolgreich sein muß, da die Preßturkos seines geliebten Feindes Bismarck, gegen den sie sich richtet, ein grimmiges Zetergeschrei anstimmen und schon zu den üblichen stinkpots zu greifen beginnen. Doch diese Hofkampagne interessiert uns wenig; ob die Herrn Stieber und Wagener unter Bismarck'scher oder Mantuffel'scher Firma ihr Wesen treiben, ist uns völlig gleichgültig; wichtiger ist die Frage, woher die „Ersparnisse“ des Herrn Mantuffel kommen, mit denen er so verschwenderisch wirtschaften kann? Die offizielle und offiziöse Presse ist bisher hartnäckig die Antwort schuldig geblieben. Indes liegt in der Thatsache selbst schon zum Theil ihre Erklärung: fest steht, daß ein preussischer General so unbeschränkte Finanzbefugnisse gehabt hat, mit andern Worten: so tiefe Griffe in den Beutel des Volks ihm konnte, daß er binnen wenigen Jahren Hunderttausende zu „ersparen“ vermochte; oder richtiger ausgedrückt, daß er nach Ablauf weniger Jahre Hunderttausende von Thalern übrig hatte, die zu vermöbeln ihm nicht möglich gewesen war! Natürlich, in die Tasche des Volks dürfen diese „Ersparnisse“ nicht zurückfließen! Das ist das Einzige, was nicht damit geschehen darf. Lieber in die Tegel bei Berlin, oder gar wie die 500,000 Thlr. — schreibe fünfmalhunderttausend Thaler, — die jetzt bei Grandenz verknallt werden!

„Seine Majestät“ Kaiserin Augusta „Friedrich Karl“ hat mit ihrem Glimd — Pech gehabt. Sie hat, wie es die Engländer nennen, „einen Tartaren gefangen“. Der thätenslustige Capitain beobachtete nicht, als er das Heldenstückchen gegen das unbewaffnete Postschiff verübte, daß dieser, auf Grund eines (die Schiffe der Insurgenten für Piratenschiffe erklärenden) Dekrets der Madrider Regierung erfolgte Akt nicht nur die Anerkennung der Madrider Regierung einschloß, sondern auch Preußen voranschicklich mit den übrigen Seemächten, die eine solch ungeheuerliche, völkerrechtswidrige Praxis kaum ruhig mit ansehen können, in ernsthaftester Confrontation bringen würde. In Berlin hat man dies ziemlich rasch begriffen, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte am Dienstag, nachdem sie eben noch laut über das heroische Seestückchen gekräht hatte, das traurige Amt, den Capitain des „Friedrich Karl“ zu verleugnen!

Unter den deutschen Nordpatrioten regt es sich schon wieder. Diese traurigen Gesellen haben nicht genug daran, daß sie im vorigen Jahre mit ihrer „Nationalfeier“ vom zweiten September, welche Schlacht und Kapitulation verherrlichen sollte, ins Wasser gefallen sind und daß sich die mächtige Majorität des arbeitenden Volkes mit Abscheu von der Verherrlichung des Massenmordes abgewendet hat — sie wollen am kommenden 2. September nochmals sich die Betrachtung aller Menschen eringen, welche menschlich denken und somit auch menschlich gehandelt wissen wollen. Haben die spanischen Arbeiter, als die Bourgeois die Austreibung der Soldnerhorde des ersten Napoleon aus Spanien feiern wollten, den Ruf erhoben: „Wir wollen keine Zerfleischung der Völker feiern; wir haben die soziale Revolution in unser Herz zu schließen!“ so werden die deutschen Arbeiter nicht hinter ihnen zurückbleiben, sondern sie werden am 2. September, wenn sie die lächerlichen Komödien der Bourgeois sehen und ihre menschenfressenden Reden hören, die Abscheulichkeit des Massenmordes um so besser begreifen, sie werden sich besinnen, wie lange das arbeitende Volk noch für den Moloch“ des „Schlachtenruhms“ eine Blutsteuer zu bezahlen haben wird und die Idee von der Solidarität aller Völker wird um so fester bei ihnen wurzeln. Das hoffen wir vom zweiten September!

Bei der Märzfeier zu Frankfurt hielt der konfuse Schwabe Karl Mayer eine seiner konfusesten Reden, in welcher er eine Art „Programm“ aufstellte; das Programmgebäude krönte er mit dem tragikomischen erläuternden Zusatz: „Wir müssen warten!“ Die schwäbische „Demokratie“ — ein Mitglied derselben und Landtagsabgeordneter von nicht unbekanntem Namen sagte einst dem Schreiber dieses, ohne zu lachen und zu spaßen, daß die schwäbische Volkspartei sich in monarchische und republikanische Demokraten theile — scheint wirklich auf den St. Nimmerstag zu „warten“, denn nun kommt auch ein schwäbisches Hinterwäldlerblättchen und Organ der Volkspartei, der „Geglinger Volkfreund“, relapitalisiert in weinerlichem Ton, daß die Volkspartei die jegige Reaktion mit allen ihren Anhängern vorausgesetzt habe und bricht mit dem herzerschütternden Jammer schrei: „O weh, wir haben Recht gehabt!“ zusammen. Wenn der „große Staatsmann“ in Bargin vielleicht den „Geglinger Volkfreund“ zur Hand bekäme, würde er sich wundern, wie selbst ein „Genialer“ trotz Stieber und Genossen sich so lange im Irthum befinden konnte. Jedenfalls glaubte er hinsichtlich der schwäbischen Volkspartei bisher mit Männern zu thun zu haben; nun erst würde ihm ein Licht aufgehen und er würde erkennen, daß man von alten Weibern so viel Aufhebens gemacht hat!

„Gelogen, insofern gelogen — war Alles, was die junkerliche, stieberische, pfäffische, bürgerliche Reaktionspresse seit drei Wochen über die Vorgänge in Alcoy verbreitet hat — die angelichen Brandstiftungen und Mordthaten der Arbeiter — Alles erlogen, insofern erlogen!“

Die moralische Ueberzeugung, daß dem so sei, hatten wir von Anfang an, denn wir kennen unsere Feinde und ihre Kampfweise. Bis zu einem gewissen Grade bewiesen wurde die Lügenhaftigkeit der Berichte durch die Berichte selbst, welche die widerspruchsvollsten, mit einander unverträgliche Einzelheiten enthielten. Doch der Beweis der Lüge ist noch nicht die Feststellung der Wahrheit. Diese Feststellung der Wahrheit ist nun in Bezug auf die Vorgänge in Alcoy mit einer Bestimmtheit und Vollständigkeit erfolgt, die nichts zu wünschen übrig, und den ehrlosen Lügner auch nicht die geringste Oeffnung zum Entschlupfen lassen.

In dem (Pariser) „Avenir National“ vom 25. Juli finden wir in französischer Uebersetzung folgenden, von dem Cortes-Mitglied Don Jose Servera an das Madrider Journal „Izualdad“ (Gleichheit) gerichteten Brief:

„An den Redakteur der Izualdad.“

„Theurer Herr und geehrter Gefinnungsgenosse!
In meiner Eigenschaft als Deputirter der Provinz Alicante, und als einer der Commissäre, welche von dem Gouverneur dieser Provinz in die Stadt Alcoy geschickt wurde, fühle ich mich verpflichtet, die abgeschmackten Uebertreibungen (les exageraciones absurdas) zu berichtigen, denen wir in den verschiedenen Darstellungen der bellagendwerthen Vorgänge, deren Schauplatz Alcoy gewesen ist, bezeuget.“

Es ist nicht wahr, daß angesehene Persönlichkeiten der republikanischen Partei ermordet worden seien.

Es ist ebenso wenig wahr, daß das Rathhaus und mehrere Fabriken, nebst dem Volksmagazin (Algodonera) angezündet worden seien.

Es ist ferner vollständig unwahr (de la plus complete faussete), daß der Befehlshaber des Nationalgarden-Postens wie ein toller Hund ins Wasser geworfen worden sei, nachdem man ihn feige ermordet.

Es ist eine Lüge zu behaupten, das ganze Officiercorps (etat major) der Nationalgarde sei getödtet worden, indem nur ein Cornett im Kampfe das Leben verloren hat.

Es ist eine Uebertreibung von entsetzlichster Boswilligkeit (de la plus insignis mauvais foi), was über die Zahl der Opfer gesagt wird: auf beiden Seiten zusammen genommen sind 17 (siebzehn) Mann umgekommen.

Es ist durch alle Einwohner Alcoys, Zeugen und Nichtzeugen, Beamte und einfache Privatpersonen anerkannt und über jeden Zweifel festgesetzt, daß die Schuld des Zusammenstoßes ausschließlich auf den unglücklichen Alcaden (Bürgermeister) Alvors fällt, und seine vertrautesten Freunde beschränken sich einfach darauf, zu sagen, er habe die ihm versprochene Hülfe nicht erhalten.

Ich hoffe, Sie werden obigen Zeilen die Aufnahme nicht verweigern und bin ic. c.

17. Juli 1873. Jose Servera.“

Das ist deutlich gesprochen! Das heißt, den Lügner die Lüge verdienstermaßen an die Lügenstirn angenagelt! — Und nun noch Eins: Man bemerke das Datum des Briefes — „17. Juli“. Bis

*) Eine heidnische Gottheit, welcher Menschenopfer gebracht wurden.

zu dem Tage, wo wir dies schreiben, sind seitdem genau 14 Tage vergangen. Die „Izualdad“ ist kein Winterblättchen; unter den Urhebern der Schauerberichte über die Alcoy Vorgänge ist nicht ein einziger, von dem wir nicht mit Bestimmtheit voraussetzen müßten, daß er den Brief Servera's gelesen. Trotzdem hat Keiner derselben es für zweckmäßig gehalten, den Brief auch nur zu erwähnen. Der „Avenir National“, dessen Nummer vom 25. Juli uns durch einen Zufall verspätet zugegangen ist, veröffentlichte den Brief schon vor 6 Tagen; der „Avenir National“ ist sämtlichen deutschen Zeitungschreibern, welche via Paris und Köln die Lügen über Alcoy nach Deutschland importirt haben, bekannt und wird regelmäßig von ihnen gelesen, namentlich von den Lieferanten der „Kölnischen Zeitung“, welche in dieser Sache das Hervorragendste geleistet haben, — trotzdem hat Keiner der betreffenden Herren es für zweckmäßig erachtet, den Brief Servera's auch nur zu erwähnen!

Wir wundern uns nicht darüber. Der schamloseste Lügner hat es nicht gern, wenn an den Tag kommt, daß er gelogen, insofern gelogen!

Durch das Rösselsche Annoncenbureau geht uns Nachstehendes zum Abdruck als Inserat zu: „Bier (H) gute Schneider verlangt, — um in Marquette, Michigan, Vereinigte Staaten von Nordamerika, auf Hosen, Westen und Röcke zu arbeiten. Tüchtige fleißige Arbeiter (und nur solche werden verlangt) können 18—24 Dollars per Woche verdienen. Applikanten müssen bis zum 7. August reisefertig sein, um mit der zweiten Expedition des Auswanderungs-Bereins „Saronia“ die Reise machen zu können. Alles Nähere zu erfahren von Julius Davis bei M. H. Allardt, Waldstraße Nr. 47, 3 Tr., Leipzig.“ Da haben wir also zunächst die Bescheinigung, daß die Herren Davis und Allardt noch nicht aus Leipzig und beziehentlich Sachsen ausgewiesen sind. Daß der natürlich unentgeltliche Abdruck des vorstehenden nicht zum Zweck der Empfehlung, sondern im Gegentheil: der Warnung geschieht, versteht sich von selbst. Die edle Dreistigkeit jedoch, mit der sich die Herren Auswanderungsagenten an unser Blatt, nachdem sie in demselben bereits unzählige Mal als Schwindler gebrandmarkt worden sind, noch zu wenden wagen, verdient jedenfalls die Bewunderung selbst des abgebrühtesten Freibeuterthums.

Die in Zürich wöchentlich zweimal erscheinende „Tagwacht“ beabsichtigt die Gründung einer eigenen Druckerei. Aktien à 5 Fres. sind durch die Administration der „Tagwacht“ zu beziehen. Es ist zu hoffen, daß durch eine zahlreiche Entnahme von Aktien das im Interesse der Arbeiterklasse geplante Unternehmen gelingen wird.

Gewerkschaftliches.

Internationale Metallarbeitergewerkschaft.

Chemnitz, 26. Juli. Der Fachverein der Former zu Chemnitz hat sich als Sektion der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft an dieselbe angeschlossen, und hat demzufolge auch alle Rechte und Pflichten übernommen. Obgleich es im Anfange nur ein Häuflein war und obgleich mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen war, so haben wir doch an Zahl hübsch zugenommen. Wüßten doch alle Former Deutschlands sich vereinigen in der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft. Für den Verein: D. Porstendorfer.

Verband für Buchbinder.

Mainz, Sonntag, den 13. Juli hatten die Herren Walter, A. Müller und Correl von Frankfurt hier eine Buchbinder-Versammlung einberufen, die ziemlich stark besucht war. Die genannten Herren wiesen die hiesigen Kollegen auf die Nothwendigkeit eines einheitlichen Zusammengehens hin und empfahlen den Anschluß an den allgemeinen deutschen Buchbinderverband. In Folge dessen bildete sich hier ein Verein mit Anschlag an den Allgemeinen deutschen Buchbinderverein, dem der größte Theil der hiesigen Kollegen beigetreten ist. Jeden Samstag ist Versammlung im Wirthshaus zum Wolf, wo auch der „Volkstaat“ aufliegt.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Golba. Vor ca. 1 1/2 Jahren gelang es mir, in Königsberg eine Mitgliedschaft zu gründen; die Gegner suchten diese zwar im Keime zu ersticken, was ihnen aber bei der Standhaftigkeit des Vorstandes und der Mitglieder nicht gelang. Der Stadtrath war so freundlich, dem Vorstande zu erklären, daß, wenn wieder so ein Aufwiegler käme, derselbe sofort eingestekt würde. Ein zweiter Aufwiegler kam, aber der Schreckschuß ging nicht los. Jetzt will man den Vorstand bestrafen, daß derselbe eine geheime Versammlung anberaumt haben „soll“ und man verbietet, so lange die Sache nicht entschieden ist, die Versammlungen der Gewerkschaft. Es ist offenbar auf die Vernichtung der Gewerkschaft abgesehen, was leicht erklärlich, da der Staatsanwalt Schuhfabrikant ist. Doch gemacht, ihr Herren, so jung auch die Mitgliedschaft ist, die Leitung befindet sich in tüchtigen Händen. Den Kollegen rath ich, den Staatsanwalts-Vertrag beim Termin zu verwerfen und bezüglich der Abhaltung von Versammlungen sich an eine höhere Instanz zu wenden. In Ulmenau haben selbst die Meister erklärt, für unsere Sache wirken zu wollen und wird dortselbst bald eine Mitgliedschaft entstehen. In (unleserlich) ist Bevollmächtigter Theodor Unger, Kassirer W. Kottmann, wofelbst die Reiseunterstützung ausgezahlt wird. In Pforzheim ist Bevollmächtigter J. John, Brüderstraße 92. In Schweinfurt ist Bevollmächtigter Georg Kiesel, Judengasse 154, bei Schuhmachermeister Keller, Georg Meier, Schriftführer. In Würzburg ist Bevollmächtigter Ludw. Meisel, Brombachergasse 25; Kassirer Jacob Fehrer, Wohlfahrtsstraße 9. Ferner machen wir die Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß am 1. September die Krankengasse eröffnet werden soll und ersuchen wir die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und Einzahlungen entgegen zu nehmen, hauptsächlich aber auf „strenge“ Kontrolle zu achten. Die Statuten werden bis spätestens den 1. September in den Händen der Bevollmächtigten sein. Und nun frisch ans Werk; fügen wir der Gewerkschaft einen Pfeiler bei, der dieselbe haltbar macht und für die Mitglieder von Nutzen sein wird. Ferner werden die Bevollmächtigten ersucht, die Pfennigsammlungen oder Pfennigbüchsen zu errichten und das Geld zur Agitation zu verwenden. Da, wo es an tüchtigen agitatorischen Kräften fehlt, bitten wir, das Geld an die Vorortverwaltung zu senden, damit die Agitation energisch betrieben werden kann, ohne die Hauptkasse zu schädigen. Wenn jedes Mitglied seine Schuldigkeit thut, kann schon hiermit viel geleistet werden. Unter allen Gewerkschaften wird es lebendig und auch wir wollen nicht die Letzten sein. Wir müssen nochmals um Einsetzung der Listen bitten. Der Hauptkassirer A. Köllein wohnt Hügelgasse 16. Die Bevollmächtigten werden gebeten, die Protokolle, die noch

nicht abgesetzt sind und keine Aussicht vorhanden ist, daß dies geschieht, dieselben francirt an uns jurisch zu senden; jedoch muß dies gleich geschehen. Wer noch Protokolle wünscht, möge sich an Unterzeichneten wenden.

Für die Verwaltung: W. Bod, Berg 37.

Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Dresden, 30. Juli. Ich bringe hiermit allen Mitgliedschaften zur Kenntniß, daß das Verlangte (siehe Nr. 65 v. Bl. vom 30. Juli) bereits seit Mittwoch den 22. Juli d. J. von hier nach dort (Braunschweig) gesandt worden ist. Das Protokoll wird jede Mitgliedschaft aus Nr. 64 v. Bl. erhalten haben; selbiges hat bereits 14 Tage in Leipzig gelegen ohne in Druck zu kommen. Das Protokoll erhielten wir drei Tage nach Ablieferung durch die Post aus zweiter Hand. Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich das Ersuchen stellen, alle für den „Volkstaat“ bestimmten Artikel, Correspondenzen etc. direkt der Redaktion zuzustellen; anderenfalls wir für verspätete Aufnahme jede Verantwortung zurückweisen müssen. D. R. Was die mehrmalige Anforderung anbelangt, so ist nur eine solche geschehen. Was den baaren Kassenbestand betrifft, so macht es uns Schwierigkeiten, selbigen sofort zu schaffen, indem die Bauausführungsgesellschaft die Kündigung von uns nicht anerkennt, sondern selbige von der neuen Vorortverwaltung verlangt. Sparsamkeit können wir ohne Stempel der Vorortverwaltung ebenfalls nicht haben.

E. Knof, ehemaliger Vorsitzender.

Correspondenzen.

Großschöcher bei Leipzig. Wie die Gerichtsämter in Sachsen zuweilen die Gesetze auffassen, um mißliebige Dinge, als da sind demokratische Arbeitervereine zu beseitigen, beweist recht deutlich die Erklärung des Gerichtsamts II. zu Leipzig, die dem demokratischen Arbeiterverein in Großschöcher zu Theil ward. Der Vorstand genannter Vereins hatte nach der konstituierenden Versammlung dem Gerichtsamt die Anzeige von der Vorstandswahl sowie auch, daß vom 5. Juli ab pünktlich alle 14 Tage in Knuth's Restauration eine Vereinsversammlung stattfinden sollte, bekannt gemacht. Kurze Zeit darauf erhält der 1. Vorsitzende eine Vorladung und wird ihm erklärt, daß er jede Vereinsversammlung mit der Tagesordnung anzuzeigen habe. Warum verlangt das Gericht nicht daselbe auch in Kleinschöcher? Gibt es etwa für jedes Dorf eine andere Verordnung? Wahrscheinlich ist Großschöcher von Leipzig zu weit entfernt, und die Reisebüden bis dahin werden auf die Dauer zu kostspielig, um jede Versammlung von einem Gerichtsbeamten überwachen zu lassen. Gendarmen sind am Ende wohl nicht zuverlässig genug, und werden, wenn sich die Vereine noch vermehren, nicht mehr ausreichen! Nun, für was ist denn da der Steuerbewilligungs-Apparat vorhanden? Da verlangt man ganz einfach mehr Beamte. Es wird ja bezahlt. Es ist zu hoffen, daß die Großschöcher'schen sich das nicht gefallen lassen werden und den Rekurs bei der Kreisdirektion ergreifen, sonst versucht man dieses Manöver noch mehrfach.

Chemnitz, den 26. Juli. Nachspiel des Leipziger Hochverratsprozesses. Gestern fand hier Einspruchsverhandlung in Privatanklage des Justizministeriums gegen den endesunterzeichneten früheren verantwortlichen Redakteur des „Volkstaat“ statt. Gegenstand der Anklage bildete der (anlässlich der Verurteilung der Hauptangeklagten) in Nr. 30 v. Bl. von 1872 erlassene Ausschuss-Anruf, welcher mehrfache Beleidigungen des weisland'schen Gerichtshofes enthielt. — Um das Leipziger Gericht, das durch 7 seiner Mitglieder — sei es durch das Verweigerungs- oder das Straferkenntnis oder Protokollführung und Untersuchung — am Hochverratsprozess theilhaftig war, außer Spiel zu lassen, wurde diese Sache dem Chemnitzer Gerichtsamt übertragen. Dieses verurtheilte mich im vorigen Jahre zum Reinigungsgeide, d. h. sprach mich unter der Bedingung frei, daß ich schwören könnte, den incriminirten Artikel vor dem Druck nicht gelesen zu haben. Nach der Sächs. Strafprozessordnung kann nämlich der Richter im Beleidigungsprozess den Eid ganz nach seinem Belieben einer der beiden Parteien zuerkennen. Da ich mich jedoch zu schwören weigerte, wurde ich durch Nachtragserkennnis zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Hiergegen nun erhob ich Einspruch, über welchen gestern verhandelt wurde. Das Resultat war: die Befähigung des erstinstanzlichen Erkenntnisses; es ließ sich übrigens gleich zum Beginn der Verhandlung voraussehen. Denn als ich in meiner Verteidigung, um das Verfahren des Präsidenten von Müde und einzelner Geschwornenen zu kennzeichnen, die Seite 91, 92, 94, 190, 218, 248, 250, 258, 274, 288, 313, 364 u. 418 der Hochverratsprozess-Proschüre beifügte (meist durch Anmerkungen erläuterten) Stellen, welche ungebührliche oder gar partielle Äußerungen der gedachten Herren enthielten, vorzulesen und zu erläutern begonnen hatte, gerieth der Vorsitzende, Herr Gerichtsrath Döring, ganz außer sich vor Erstaunen, rang die Hände, schüttelte den Kopf, bewegte sich mißmüthig und ungeduldig auf dem Sessel hin und her und blickte ein Mal um's andere seinen Blick an, bis er sich schließlich gedungen fühlte, mich mit den Worten zu unterbrechen: „Aber das ist ja Alles an den Haaren herbeigezogen.“ Ich versuchte ihm das Gegentheil nachzuweisen, insbesondere, wie es höchst wesentlich sei, wenn ein Präsident sich so weit vergesse, zu sagen: „Ich behaupte, daß Ihre Ausführungen in dieser Saale keine Anerkennung finden werden“, oder: „es kommt nichts darauf an, wie der Angeklagte ein von ihm verfaßtes oder verbreitetes Schriftstück interpretire, sondern lediglich darauf, wie es die Geschwornenen auffassen“, u. dgl. m. Hierbei stieg die Ungeduld des Vorsitzenden immer mehr. „Ich begreife nicht, was Sie mit alledem eigentlich beweisen wollen!“ — „Ich will beweisen“, erwiderte ich, „daß sich der Präsident von Müde ungebührlich und ungeselligkeiten hat zu Schulden kommen lassen, die in dem incriminirten Artikel gerügt werden durften; ich will beweisen, daß, wenn auch die Form des incriminirten Anrufs strafbar sein sollte, doch wenigstens der Inhalt in Wahrheit bezeugt; und schließlich, daß für eine bloße Formverletzung vier Wochen Gefängnis eine zu harte Abmahnung ist.“ — „Nun, sprechen Sie weiter.“ — Ich erklärte jetzt, daß ich, da ich „die Stimmung des hohen Gerichtshofes eben ersehe“, mich auf das Nothwendigste beschränken werde. Diefem wohl nicht zu unbedeutlichen Vorwurf wurde keine Erwiderung zu Theil. Ich ging hierauf zur Darlegung des Zeugenverhörs über und setzte auseinander, wie partiell der Präsident auch in diesem Punkte Bebeln gegenüber war. Advokat Kirbach hatte zu Gunsten, Oberlehrer Hoffmann zu Ungunsten Bebel's hinsichtlich dessen Plauener Volksversammlungsrede ausgesagt. Beide Zeugen waren schwache Leute. Kirbach behauptete, daß Bebel keine strafbare Äußerung gethan hätte, und Hoffmann behauptete, daß Bebel die Hinrichtung Ludwig's XVI. verherrlicht hätte. Bebel bestritt das Letztere. Darauf der Präsident: „Der

Herr Zeuge ist ein Mann von Bildung, und so kann er Sie, Herr Bebel, doch unmöglich mißverstanden haben?“. „Wenn das nicht parteilich ist,“ fuhr ich fort, „dann weiß ich nicht, was denn?“ Hierauf wieder Kopfschütteln und Achselzucken des Vorsitzenden, dessen mich fast tyrannisirende Ungeduld — wie mir versichert wurde — auf die Zuhörer einen noch peinlicheren Eindruck gemacht hat, als meine Citate aus Müde. Zum Ueberflus entstand nun sogar auch eine Zwischenconferenzen des Staatsanwalts mit mir, der mich zu belehren versuchte, daß Müde es nicht nöthig gehabt habe, auch Kirbach's „Bildung“ besonders hervorzuheben, weil dieser ja ohnehin zu Gunsten Bebel's ausgesagt hätte. Ich antwortete dem Staatsanwalt: „Sie übersehen, daß der Präsident, indem er die Aussage des Gegen-Zeugen ausdrücklich protegirte, eo ipso die Aussage des Für-Zeugen beeinträchtigt hat. Denn indem er sagte: Hoffmann kann nicht mißverstanden haben, weil er „Bildung“ besitze, schloß er ein, daß Alle, die anders als Hoffmann ausgesagt, insolge Mangels an „Bildung“ den Redner mißverstanden haben müßten, — darunter auch der Advokat Kirbach.“ — Schließlich gelangte ich zum Haupttrefser, zur Darstellung einer Episode des zehnten Verhandlungstages, die in Nr. 1 des „Volkstaat“ von diesem Jahre (Artikel: „Etwas für das sächsische Justizministerium.“) des Näheren beleuchtet ist. Hier sei nur kurz resumirt, daß der Geschworne Steiger (Schweta), nachmaliger Ohmann, sich — ohne vom Präsidenten corrigirt zu werden — die Bemerkung erlauben durfte: nach seiner Ansicht hätte der Präsident nur die be-, die entlastenden Momente dagegen ausschließlich die Verteidigung vorzutragen, — während die Strafprozessordnung (Artikel 311 u. a.) ausdrücklich vorschreibt, daß der Präsident die ent- und belastenden Momente gleichmäßig zu berücksichtigen habe. — Als ich nun im Verfolg meiner Verteidigung jene Strafprozessordnungs-Artikel citiren wollte, unterbrach mich der Vorsitzende abermals, und zwar etwas piquirt, mit den Worten: „Die Strafprozessordnung kennen wir.“ — Da ich indes niemals das Gegentheil behauptet hatte, fand ich keinen Anlaß, auf diese Bemerkung sonderlich zu achten, sondern sagte, der Unterbrechung ungeachtet, kurz, was ich hatte sagen wollen, und schloß mit einem abermaligen Hinweis auf die „Stimmung des hohen Gerichtshofes“, welche es unnöthig erscheinen lasse, weitere Ausführungen zum Besten zu geben. Auch dieser wiederholte Vorwurf blieb ohne Erwiderung. — Mein Antrag, das Gericht möge vom Ministerium die amtlich-stenographische Niederschrift der Prozessverhandlungen requiriren, zum Zweck der Controlirung meiner Behauptungen, wurde schließlich nach längerer Berathung unter der Erklärung abgelehnt, daß das, was ich vorgebracht, auch wenn es sich als wahr erweise, doch unerheblich sei. — So endete der Prozess. — Es mag bei dieser Gelegenheit bemerkt sein, daß das Justizministerium vor fünfviertel Jahren, gleichzeitig mit dem Straf-antrag gegen mich, auch einen gegen Jord in Hamburg, als den unterzeichneten Verfasser des incriminirten Ausschuss-Anrufs, gestellt hat. Jord hat — so viel ich weiß — nur ein oder zwei Mal in Hamburg Verhör gehabt; dann schloß die Sache dort ein. — Wieso? — Augenscheinlich hat das Justizministerium, in gerechtfertigter Besichtigung, das Hamburger Gericht möge die von mir beim Chemnitzer Gericht beantragte, aber von demselben abgelehnte Zeugenabklärung zum Zweck der Ermittlung des Thatbestandes hinsichtlich der Art und Weise der Inszenirung und Führung des Prozesses) wirklich vornehmen, den Hamburger Strafantrag zurückgezogen.

Hörsaal, 1. August. Ein Beitrag zur Charakteristik der Führer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Es war am 27. Juli d. J., als ich erfuhr, daß diesen Abend im Schützenhaus zu Altenburg eine Volksversammlung von Seite des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, bei welcher außer mehreren Wortführern dieser Partei auch der Präsident Herr Hasenlever selbst anwesend sein sollte, abgehalten werde. Ich war erregt, Gelegenheit zu haben, Hasenlever kennen zu lernen und sprechen zu hören. Ich fuhr mit einem Freunde dorthin und wir fanden einen vollen Saal. Wir hörten, als wir ankamen, Herrn Hasenlever schon von außen sprechen, oder besser gesagt „brüllen.“ Der Herr Präsident sprach gerade das Wohlbestimmen und die Behabigkeit der besseren Stände; er hielt es auch für nöthig, die Versammlung auf seine eigene Wohlgenährtheit mit dem Bemerkten aufmerksam zu machen, daß er nicht immer so gut aussehe; seine agitatoren Arbeiter hätten ihn gar oft schon sehr hart mitgenommen. Im Uebrigen war sein Vortrag, in welchem er hauptsächlich den Werth der Arbeiterkandidaten zum Reichstag besprach, seinem Inhalt nach gut, weshalb demselben auch ein allgemeines Bravo folgte. Nach Beendigung seiner Rede forderte Herr Zwiebler aus Altenburg, welcher als Vorsitzender fungirte, auf, daß diejenigen, welche etwas wider diesen Vortrag hätten, sich zum Wort melden möchten, er wisse, daß Leute anwesend seien, welche Gegner ihrer Sache wären. Als sich Niemand zum Worte meldete, was wir auch sehr natürlich fanden, weil doch ein jeder Arbeiter mit dem Inhalt des Referats einverstanden sein kann, forderte der Vorsitzende Zwiebler, welcher die Anwesenheit Motteler's aus Crimmitschau wahrzunehmen hatte, denselben in einer ganz herabwürdigenden Weise auf, seine gegnerischen Ansichten hier zu rechtfertigen, was jedoch von Seiten Motteler's nicht geschehen konnte, da derselbe der Sache nicht Segner ist, sondern, wie er sagte, bloß der Form. Motteler befiel hierauf die Rednertribüne und suchte in gelassener Rede den Anwesenden begreiflich zu machen, daß er und seine Freunde nicht Hand in Hand mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein gehen könnten, bevor nicht eine Vereinigung stattgefunden hätte. Und hier war es, wo wir als unparteiische Zuhörer gefunden haben, daß wohl alles andere, aber nur keine Einigung mit den Führern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu erwarten ist. Erst wenn die Arbeiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einsehen lernen, daß ihrer Führerschaft nicht im Entferntesten daran liegt, das wahre Wohl der gesammten Arbeiterklasse zu fördern, sondern daß diese mehr oder weniger ihre egoistischen Ziele verfolgen, erst dann wird eine Vereinigung möglich sein. Wir hatten uns in der Person Hasenlever einen Mann vorgestellt, der durch sein ängeres Benehmen schon, noch mehr aber durch seinen inneren Gehalt Respekt einflößen würde; hier hatten wir uns aber derb getäuscht. Hasenlever ist, soweit man nach seinen Auftreten in Altenburg urtheilen kann, ein Mann, der einem Affenhaus keine Schande machen würde, denn noch nie habe ich einen Menschen solche Grimassen schneiden sehen, als Herrn Hasenlever, als dieser hinter dem Rücken Motteler's auf der Tribüne stand. Solch einen Mann, dachte ich bei mir, haben die Arbeiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins als Präsident? In mir hat derselbe geradezu Edler erregt, denn Niemand schimpfte ordinärer als Hasenlever, da Motteler geendet hatte. Sehr unangenehm muß es den Herrn Präsidenten berührt haben, daß auch Motteler unter bedeutendem Applaus die Tribüne verließ, denn ein präsidialisches Pfui ließ sich hören, als moralische Züchtigung der Wankelmüthigen. Solch einem Menschen könnt Ihr auch noch Bravo rufen? Ich weiß nicht, ob es im Allgemeinen deutschen

Arbeiterverein Sitte ist, daß auf Commando Beifall gezollt wird, hier in Altenburg dürfte man damit aber doch kein Glück haben, denn glücklicherweise ist die Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hier noch zu jung, als daß die systematische Beehebung der Arbeiter zu tief Wurzel gefaßt haben könnte. Läßt man Altenburg nicht aus den Augen, dann wird die eifrig geschürte Zwietracht zum Heile der Gesammtheit bald der Eintracht und Brüderlichkeit weichen müssen.

Greifeld. Vom Rheinisch-Westfälischen Arbeitertag. Ueber diesen selbst hat der „Volkstaat“ bereits einen Bericht (3a, aus gewissen Gründen konnte er jedoch noch nicht abgedruckt werden. Red. des „Volkstaat“). Hier folge ein Bericht über einen Zwischenfall. Wie zu erwarten stand, waren nicht wenig Führer und Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Greifeld erschienen, um, wie man dies aus Redensarten und Briefen in Erfahrung gebracht, den Arbeitertag zu stören. So waren die bekannten Klein aus Elberfeld, Mann aus Dortmund, Selig aus Essen, sowie Harms aus Köln, Wald aus Solingen etc. — Jeder mit einem Gefolge versehen — erschienen. Das Greifelder Arbeitertagscomité hielt es unter diesen Umständen für seine Pflicht, die Parteiparten oder Mandate von Parteimitgliedern behufs der Legitimation abzufordern, damit der Arbeitertag, dem Zweck entsprechend, tagen könne. Es unterliegt keinem Zweifel, daß — entgegen dem, was von gegnerischer Seite behauptet wurde — die Einberufungsannoncen die Allgemeinen Deutschen nicht mit eingeladen habe, sondern daß durch die Unterschrift „Die Greifelder Parteigenossen“ — siehe z. B. Nr. 58 des Bl. — nur Mitglieder der Eisenacher Partei gemeint sein könnten, welche innere Angelegenheiten erörtern sollten; dies weist die Tagesordnung deutlich nach. Außerdem war es ja auch den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unbenommen, die öffentliche Volksversammlung zu besuchen. Dies haben dieselben nun auch gethan, aber nur um bei der Wahl des Bureau's, trotzdem die ungeheure Majorität für unsere Parteimitglieder war, einen ohrenzerreißenden Skandal zu machen, dann aber abzuweichen. Am andern Tage enthielt der Annoncentheil der „Greifelder Zeitung“ ein langes Inserat, unterzeichnet „Karl Klein und Mann“, als Protest gegen ihre Zurückweisung aus der geschlossenen Konferenz des Arbeitertages. Dieses Lamento ist geradezu lächerlich und impertinent, denn wir erinnern nur daran, wie man in Essen dem Scheil in einer öffentlichen Mitgliederversammlung das Wort entzog, demselben in Bielefeld sogar das Sprechen in einer Volksversammlung untersagte und an hundert Fälle. Wie man ferner so in Bitten beidennütziges Geld gehäht hatte, aus dem fast 10milionen Umlauf eine Anzahl von Stimmmaschinen nach Bitten zu spediren, um dort die ungeheure Majorität unserer Parteimitglieder zu terrorisiren. Nach diesen und hundert andern Erfahrungen hat die Delegirtenkonferenz in Greifeld das Comité zu energischem Handeln autorisirt. Nachdem die Allgemeinen mit Gewalt den Saal erstürmen wollten, wurden sie vom Comité beseitigt, einige sogar an die frische Luft gesetzt. Als dann war auch am Eingange des Saals Ruhe. — Die Montagsberichte der Nationalliberalen „Greifelder Zeitung“, sowie der ultramontanen „Niederheinischen Volkszeitung“ beziehen sich nun direkt auf das Inserat von Klein und Mann und behaupten, der ganze Arbeitertag habe Fiasko gemacht. Die ganze Greifelder Arbeiterschaft antwortet nur mit verächtlichem Lächeln auf diese bodenlose Verlogenheit der Korrespondenten. — Dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aber gratuliren wir zu seiner ultramontanen und nationalliberalen Bundesgenossenschaft. —

Nachstehend möge nun ein Bericht über die Volksversammlung folgen. Trotz des ungeheuren Skandals der fremden „Allgemeinen“ wurde Obermann zum 1., Friedrich zum 2. Vorsitzenden gewählt und zwar mit wenigen Gegenstimmen; ebenso erfolgte die Wahl Raspe zum 1. und Säuer zum 2. Schriftführer. Die „Allgemeinen“ versuchten nun durch eine langwierige nicht-sagende Geschäftsordnungsdebatte die Verhandlungen aufzuhalten; wogegen die Versammlung auf Antrag mit großer Majorität beschloß, dem ein Ende zu machen. Jetzt verließen die „Allgemeinen“ in allgemeiner Zufriedenheit den Saal. Dieser war aber noch vollständig besetzt. Referenten waren: 1. Scheil (Bielefeld), Schumacher (Köln) über die ersten und Endziele der Sozialdemokratie; 2. Raspe (Essen), Ries (Köln) über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur internationalen Arbeiterassoziation; 3. Säuer (Gladbach), Reichelt (Düsseldorf) über die Gewerkschaftsbewegung und deren Bedeutung; 4. Obermann (Greifeld), Pieper (Duisburg) über die nächsten Reichstagswahlen und das Verhalten der gesammten Presse zur gegenwärtigen Arbeiterbewegung. Scheil (Bielefeld) beginnt mit einer scharfen Kritik der jüngsten Hartlocher'schen Auslassungen, verteidigt hiergegen die Sozialdemokratie und erinnert an die Vergangenen: an Hecker, Kinkel, so auch an den alten Frigen von Westfalen; solche seien alle in das Lager der Nationalliberalen übergegangen und der Letzgenannte wünschte nur mehr Militär und Polizei. Von Tausenden von Preßhölzern bedient, würde durch Bismarck alles in dessen Fahrwasser getrieben, gegen die Proletarie aber alle Gewalt aufgeboten. — Schumacher aus Köln weist nach den Ermittlungen der Statistik den Stand der Sterblichkeitsverhältnisse unter den Arbeitern nach; so seien es die Weber gerade, welche nur eine durchschnittliche Lebenszeit von 19 1/2 Jahren besäßen. Redner betont, daß Verfürgung der Arbeitszeit unbedingt nothwendig sei und vor allen Dingen erstrebt werden müsse. — Es folgte nun eine verständliche Auseinandersetzung der einzelnen Punkte des sozialdemokratischen Programms. Redner schildert das Lohnarbeitersystem und die Ausbeutungswuth der höheren Klassen; deshalb muß die Lohnarbeit abgeschafft werden, sowohl in der Industrie als auch bei der Landwirtschaft. Es solle nicht „getheilt“ werden, sondern der Boden soll Staatseigenthum werden. — Raspe aus Essen schildert den Verlauf der Arbeiterbewegung und erläutert den Begriff der Internationalität. Dieser letztere sei dargestellt in der Organisation der internationalen Arbeiterassoziation. Die heutigen gesellschaftlichen Zustände seien nicht das Produkt eines einzigen Staates; sondern die Arbeit einer ganzen kulturfähigen Menschheit. Es könne mithin hier die vielgebrauchte Phrase „Ein jeder kehre zunächst vor seiner Thüre“ nicht in Anwendung kommen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien so ineinander verschlochten, daß es hier eines gemeinsamen Kulturkampfes bedürfe. Zudem seien unsere Interessen überall dieselben und würden durch vaterländische Grenzmarken nicht aufzuhalten. Um aber Caesarismus und Gottesgnadenthum aufrecht zu erhalten, würde das Nationalitätenprinzip bis in's Ungeheuerliche verzerrt. Die internationale Arbeiterassoziation verlangt gemeinsames Vorgehen aller Kulturländer, damit an die Stelle der heutigen kapitalistischen Produktionsweise die genossenschaftliche Arbeit trete und in politischer Beziehung der freie Volksstaat des Gottesgnadenthum erzeuge. Dies kennzeichnet vollständig die Stellung der deutschen Sozialdemokratie. Ries aus Köln unterzieht zunächst die gesammte Presse einer vernichtenden Kritik und schildert, wie sie gegen die internationale Arbeiterassoziation gewüthet; er erzählt sodann das Erwachen und das müthige Aufstehen des internatio-

nalen Prinzips, (zum Theil in Folge der Arbeiten von Karl Marx) und wie man damals in richtiger Würdigung der wahren Aufgabe die Arbeit Magazins, in Form eines Manifestes, auf einem Meeting zu London verworfen (1864), weil es auf nationalem Boden gestanden, dagegen aber das Manifest von Marx, das im internationalen Sinne abgefaßt war, mit Begeisterung angenommen habe. Redner theilt die Beschlüsse verschiedener Kongresse mit, besonders die von Basel und Brüssel, nach welchen nur dann die soziale Frage gelöst werden könne, wenn Grund und Boden, Bergwerke, Telegraphen, Postanstalten etc. in den Besitz der Gemeinlichkeit treten. Diefem Standpunkte habe sich die deutsche Sozialdemokratie anzuschließen. — Sauren aus Gladbach verbreitet sich in längerem über die Folgen der heutigen Produktionsweise, welche sich bei Zubereitung und Präparierung der Lebensmittel und sonstigen Industrieerzeugnisse herausstellten. Redner gibt interessante Mittheilungen über chemische Präparate behufs Fälschung der Lebensmittel. Die gewerkschaftliche Bewegung sei dagegen ein Mittel sowohl dem eingetragenen Fälschungssystem, als auch der überhandnehmenden Bedrückung gewisser Branchen entgegenzutreten. Redner hält die in Erfeld gegründete Weberunion für praktisch und zeitgemäß und fordert alle anderen Branchen auf, ein Gleiches zu thun. — Reichelt aus Düsseldorf schließt sich den von Sauren ausgesprochenen Ideen an und verbreitet sich noch des Weiteren, über die Verfälschung der Lebensmittel. — Obermann aus Erfeld, überläßt, wegen Heiserkeit, Friedrich von ebenbasel das Wort. Derselbe spricht mit Pieper aus Duisburg sich gleichlautend dahin aus, daß die Partei überall bei den nächsten Reichstagswahlen energisch auftreten müsse, dies würde uns die Achtung unserer Gegner einbringen. Es sollen eigene Kandidaten aufgestellt werden und in der engsten Wahl dem weitgehendsten die Stimme gegeben werden. — Es folgt nun noch eine derbe Kritik der „Niederrheinischen Volkszeitung“ seitens Obermann's wegen läghafter Berichterstattung, worauf Pochtenberg von Wald bei Solingen sich in einigen protestirenden Redensarten ergeht, die unverständlich geblieben sind. — Zum Schluß erhält das Wort zur Stellung einer Resolution Kasse aus Essen. Dieselbe lautet folgendermaßen:

„Die heute tagende Volksversammlung des rheinisch-westfälischen Arbeitertages beschließt, daß fortan in Erfeld nur auf Grundlage des weitgehendsten Programms der Eisenacher sozialdemokratischen Partei in Deutschland, der Kampf der Arbeiter gegen die bestehenden Zustände, besonders bei den Wahlen, energisch durchgeführt werden soll.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Trotz der langen Dauer der Versammlung hatte der größte Theil der Zuhörer bis zuletzt zugehört.

Frankfurt a. M., 30. Juli. (Die Arbeitseinstellung der Sezer bei der „Frankf. Zeitung“.) Die Sezer der „Frankf. Zeitung“ stellten ihre Arbeit ein, nachdem sie 14 Tage vorher gekündigt hatten. Die „Frankf. Ztg.“ erschien in Folge dessen einige Zeit in beschränktem Umfang, und die Leser wurden, wie üblich, um Nachsicht ersucht. Jetzt wird in Nr. 211 des Blattes ein längerer Artikel veröffentlicht, der bestimmt ist, das Verhalten des Eigenthümers, Herrn L. Sonnemann, zu rechtfertigen. Wir können nicht sagen, daß der Zweck erreicht ist. Ohne die Spezialitäten des Faches zu kennen, wollen wir hier nur die Anschauung darstellen, die man in den augenstehenden, unbefangenen Kreisen von der Sache hat. Von vorn herein hatte die „Frankf. Ztg.“ erklärt, die Differenzen mit den Sezern (die zum Theil schon 15 Jahre in der Druckerei arbeiteten) seien an sich geringfügig, aber es wäre durch Bewilligung der Forderungen ein geregelter Geschäftsbetrieb unmöglich geworden. Letztere Behauptung stellt sich nach der erwähnten neuen Veröffentlichung als unrichtig heraus. Man erinnert sich dabei unliebsamer Weise, daß schon 1865 in derselben Druckerei, ebenfalls wegen einer unbedeutenden Differenz, eine Arbeitseinstellung drohte, die erst in letzter Stunde verhütet ward. Hören wir die Forderungen, die diesmal den Konflikt veranlaßten? Die Sezer verlangten, gemäß dem in Leipzig vereinbarten Tarif (§ 23), Entschädigung für schwer leserliche Manuscripte — eine Forderung, die in andern hiesigen Zeitungsdruckereien ohne Aufwand erfüllt wird. — Hr. Sonnemann fand dieselbe schwer ungebührlich, sie könne sich unmöglich auf Zeitungen beziehen, sondern nur auf Werke. Wie ein Hohn mußte es aber klingen, wenn Hr. Sonnemann sich anheischig machte, schlecht geschriebene Manuscripte auf Verlangen der betr. Sezer abschreiben zu lassen. — Die Sezer kündigten darauf: „Wir waren,“ heißt es in der „Frankf. Ztg.“, „von diesem schroffen Verfahren nicht wenig überrascht, mußten uns dasselbe jedoch gefallen lassen und trafen alsbald Anstalten zum Engagement anderer Sezer.“ Man sieht, Hr. Sonnemann, der sofort andere Leute suchte, war entschlossen, nicht nachzugeben, und doch macht er in dem Artikel nachher dem andern Theil den wiederholten Vorwurf, nicht vor der Kündigung ein Schiedsgericht verlangt zu haben. Hätten die Sezer das gethan, so wäre vermuthlich die Kündigung ganz zwecklos geworden, denn Hr. Sonnemann gewann alsdann nicht nur 14 Tage, sondern auch die Frist, binnen welcher das Schiedsgericht seine Vermittlung versuchte, — eine Vermittlung, die nach dem Verhalten des Hrn. Sonnemann als ergebnislos erscheinen mußte. Gleichzeitig mit der Kündigung erhielt Hr. Sonnemann ein Schreiben vom Verbands-Gauvorsitzer, der sich als Vermittler erbot und noch eine Forderung der Sezer ankündigte, den Satz der telegraphischen Course betreffend.

Der Tarif bestimmt nämlich, daß dieser regelmäßig wiederkehrende und nur zu ändernde Satz den berechnenden Sezern in ihrer Gesamtheit zuzuwenden sei. In dieser Beziehung wollten die Sezer Vorschläge machen, die beide Theile zufrieden stellen sollten. Hr. Sonnemann antwortete auf den versöhnlichen Brief des Gauvorsitzers stolz: Die Sezer hätten sich durch die Kündigung den Boden einer Verständigung selbst entzogen, es sei eine Prestige etc. Bezüglich der unleserlichen Manuscripte wurden die alten Erklärungen abgegeben. Am meisten irritirte Hrn. Sonnemann die neue Forderung betr. die telegraphischen Course. „Wir fragen, was unsere Sezer sagen würden, wenn ihnen durch einen Prinzipalvertrag plötzlich Bedingungen dictirt würden, welche von uns niemals vorher auch nur erwähnt worden?“ Darauf läßt sich getrost erwidern: der (beiderseitig angenommene) Tarif erwähnt schon die Forderung der Sezer, und wenn Hr. Sonnemann den § 29 des Tarifs anführt, der alle Feststellungen für derartige Arbeiten der freien Vereinbarung und dem Ortsgebrauch überläßt, so gestehen wir, über den Ortsgebrauch nicht unterrichtet zu sein, — jedenfalls ist er nicht für Hrn. Sonnemann, sonst hätte schwerlich der Gauvorsitzend die Forderung im Namen der Sezer vorgebracht und wahrscheinlich hätte Hr. Sonnemann alsdann nicht unterlassen, zu bemerken, es werde in allen Druckereien ebenso wie in der seinigen gehalten. Die freie Vereinbarung aber wurde gerade angebahnt, von Herrn Sonnemann jedoch rund abgelehnt. — Zur Sache selbst ist noch zu bemerken: Wenn man den Sped bei dem Satz der telegraphischen Course immer nur (wie

es bei Hrn. Sonnemann geschieht) ein und denselben Sezern zuweist, nicht, wie der Tarif fordert, ihn allen Sezern zu Gute kommen läßt, so tritt klar Bevorzugung Einzelner ein und es kann leicht eine unkollegiale Spaltung auskommen. Richtig sind denn auch zwei Sezer, die im Besitz des außergewöhnlichen Speds waren, bei der Arbeitseinstellung nicht mitgegangen, sondern geblieben und dafür aus dem Verband ausgestoßen worden.

Wir haben uns trotz der langen Rechtfertigung der „Frankf. Ztg.“ von ihrem Recht nicht zu überzeugen vermocht, und die Schlussbemerkungen ihres Artikels, die den Verband gleichsam patronisiren, haben uns nur unangenehm berührt. Daß Hr. Präsident Härtel, dem Hr. Sonnemann „frühzeitig eine ausführliche Darstellung der Sachlage“ gab, nicht eingriff, ist nur zu billigen; Herr Sonnemann konnte wissen, daß die Verbandsversammlung die Arbeitseinstellung zur Verbandsfrage gemacht hatte; damit war — unseres Wissens — für Herrn Härtel der Fall zunächst erledigt.

Frankfurt a. M., 1. August. (Für Steinbruder.) Unser Streik dauert noch immer fort und er wird hauptsächlich dadurch erschwert, daß fortwährend fremde Kollegen zureisen und hier Arbeit nehmen; wir bitten deshalb alle Arbeiter, insbesondere unsere Kollegen, welche dieses lesen, dasselbe so viel als möglich zu verbreiten, besonders in den Druckereien und Herbergen. Unterstützungen wolle man senden an G. Müller, Druckerei R. Kouthoffer, Parfümstraße 3. Mit Gruß G. Müller.

Mainz. Gelegentlich unserer Darmstädter Kammerverhandlungen über den Volksschulgesetzentwurf ereignete sich das Kuriosum, daß Fabrikant Büchner, der sich gegen die „Gründe der Internationale“ verwahren zu müssen glaubte, hinterher erklärte: gewisse Prinzipien der Internationale seien doch gut und man solle sie (diese Prinzipien oder die Internationale?) nicht ohne Weiteres verdammen. Unter Letzteren meinte er das Prinzip, daß in den Schulen keine Religion gelehrt werden dürfe, die Kinder vielmehr ohne Religion erzogen werden sollten. — Gegen diese Ansicht trat merkwürdigerweise der bekannte „bürgerliche Demokrat“ Dumont mit großer Heftigkeit auf.

Hamburg, 1. August. Aufruf an die Töpfer Deutschlands! Kollegen! Endlich ist es auch an der Zeit, daß wir daran denken, uns zusammen zu schaaren, um uns gegen unsern gemeinschaftlichen Feind, die Kapitalmacht, zu rüsten; schon ist das Ausbeutergift, die Konkurrenz, in unsern Reihen sichtbar, durch Dampf- und Wasserheizung sucht man uns jetzt in allen größeren Städten zurück zu drängen. Dem gegenüber wollen wir nicht die großen Fortschritte der Stuktur bekämpfen, sondern uns fest zusammen schaaren, um uns nicht zu einer vegetirenden Masse hinabdrücken zu lassen. Die Kunst und ihre Zeit ist dahin. Sie schütet nicht gegen den Geist der Neuzeit. Darum, Kollegen, schaaft Euch allerorts gewerkschaftlich zusammen, um Eure Lage gemeinschaftlich zu beraten. Der Hamburg-Altonaer Töpferverein beruft zum 17. August 1873 einen Kongreß nach Dresden; beschließt diesen Kongreß durch Delegirte, größere Städte einen allein, kleinere Städte mögen sich zusammenschließen. Dies zu thun ist Eure heiligste Pflicht. Das Schwerste selbst gelingt dem, der Kühn vorwärts bringt, das Ziel ist uns sicher und bringt die Einigkeit.

Auskunft ertheilt: Blöhmann, Hamburg, Damthorstr. 21, Hans 18, Huhle, Dresden, Wolfenbüttelstr. 3, 3. Etz.

Hannover, 29. Juli. Da am hiesigen Orte wegen Lohn-differenz mit unsern Meistern ein Streik in Aussicht steht, so bitten wir sämtliche Fachgenossen, den Zuzug von hier fern zu halten. Im Auftrage der hier in Arbeit befindlichen Tischler-Gesellen. (Der Beauftragte hat seinen Namen nicht genannt. Warum? Das ist uns unerfindlich. D. R. v. „S.“)

Alle Blätter, die sich für Arbeiterinteressen interessieren, werden gebeten, Vorstehendes in ihre Spalten aufzunehmen.

Berichtigung.

S. 1, Sp. 2 der Nr. 66 (in „Zur Geschichte der Commune und ihrer Mörder“) muß es heißen dying (statt ying) deposition.

Für die freilebenden Weber Berlins.

Vom Arbeiterbildungsverein Leipzig 9 Tblr. 5 Gr., vom Reichst., Apolda, 2 Tblr., von J. Martin, Schmöln, 1 Tblr. 5 Gr., von Morlof, Eßlingen, 2 Tblr. Hadlich.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine, bez. Antheilsquittungen erhielten ferner: in Leipzig W. Risch 2, Brich Risch 2, J. Müller 1, Fr. Müller 1; in Bodenheim F. J. 1 Tblr.; in Glaucha F. A. Rühr 10 Tblr., J. G. Böhm 5; in Mannhim F. Esh. 10; in Schwab.-Gmünd W. Dör 2 Tblr., J. Schüb 1, J. Wit 1, F. Komel 1, H. Kl. 1; in Hamburg W. Brn 6 Tblr. Hadlich.

Briefkasten.

der Expedition. R. Gahr hier: Schrift 6 Gr. Td. Kl. Frankfurt a. M.: Abonn. 2. Qu. 5 Tblr. 26. 7., 3. Qu. 10 Tblr., Schrift 8 Tblr. 3. B. R. Schlicht, Dresden: Abonn. 2. Q. 27 Tblr. 10. Wilsdorf in Glaucha: Ann. 1 Tblr. 26. Klempnerverein Hamburg: Ann. 11 Gr. Arbeit Velsch: Ann. 3 Gr. Rr. Cannstadt: Schrift 7 Gr. 5. F. Schüb, Mannheim: Ann. 1 Tblr. Wabr hier: Abonn. August 6 Gr. Holzsch. Gewerksch. Leipzig: Ann. 1 Tblr. 16. J. Frei, Jülich: Schrift 10. G. B. Berlin: Abonn. 6 Tblr. 20. Arbeiterpart. Hamburg: Ann. 1 Tblr. 11. Htm. dat.: 12 Gr. J. Rtr. Schmöln: 27 Gr. Soj.-dem. Arb.-Verein Leipzig: Ann. 29 Gr. E. Rahn in Velsch: die betr. Ann. steht in Nr. 9 des „S.“. Lippert in Berg bei Landsbut: die Ann. ist, wie sie angeben, unterm 2. Juni schon bei der Redaktion. J. Ph. S., Gens: Reklamation an V. übersandt; G. augenblicklich nicht in Post, geht aber nächstens hinein. Expedition wird den Verkauf übernehmen. J. S. in Bodenheim: Brief erhalten. Bisher noch nicht veröffentlicht, da nur von lokalem Interesse.

Berlin

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Donnerstag, den 7. August, Abends 8 Uhr:

große geschlossene Mitgliederversammlung

im Weicherschen Lokal, Landwehrstr. 11. 1) Wahl eines Delegirten zum Parteikongreß; 2) Parteiangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Karte legitimirt. A. Drinsch, Vertrauensmann.

Bremen

Allgem. Tischler- (Schreiner-) Verein.

Der Streik dauert hartnäckig fort.

Das Nachweisungsbureau ist: Tischlerherberge, Bankstraße Nr. 22.

Chemnitz

Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Sonnabend, den 9. August, Abends 7/8 Uhr:

erstes Stiftungsfest (Ball)

im Saale zur „Stadt London“, wozu alle auswärtigen Hoch- und Genossenschaftsmitglieder freundlichst eingeladen werden. Das Comité. (26)

Dresden

Internationale Metallarbeiterkass.

Der gegenwärtige Bevollmächtigte der Dresdner Mitgliedschaft, August Bieder mann, wohnt Königsgasse Nr. 16, 3 Et. (26) Der Bevollm.

Elberfeld

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Zufolge Beschlusses des Rhein-Westfäl. Arbeitertages werden die Mitglieder von Elberfeld, Barmen, Ronndorf und Neuwiges hierdurch dringend ersucht, sich Sonntag, den 10. August, Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn K. Caspers, Caspeler Brücke Nr. 12, Elberfeld, zu versammeln, um die Wahl eines Delegirten für den Nürnberg. Parteikongreß vorzunehmen. Die Mitgliedsarten sind vorzuziehen. Im Auftrage der am 27. Juli stattgehabten Parteiersammlung: R. Diener, Vertrauensmann.

Adresse des neuen Vertrauensmannes ist Bernhard Horn, Albrechtstraße Nr. 31, 2 Treppen hoch. (26)

Gotha

Allgemeines Arbeiterfest.

Sonntag, den 17. August,

in den Räumen des Albertbades.

Festprogramm: 1. Festzug; 2. Festrrede; 3. Concert; 4. Ball. Alle Arbeiter und besonders Parteigenossen von nah und fern werden hierzu freundlichst eingeladen. Die auswärtigen Festtheilnehmer werden am Bahnhof durch ein an rothen Schleißen kenntliches Comité empfangen. Das Fest-Comité. (26)

Hamburg

Klempner- und Gasfittergehülfen

wird zu jeder Tageszeit Arbeit nachgewiesen bei Herrn Eckhardt, Schoppenstraße Nr. 22, woselbst auch jede beliebige Auskunft über Verhältnisse, Arbeitsverhältnisse etc. ertheilt wird. Desgleichen sind daselbst die Lohnlisten einzusehen.

Der Vorstand

[3c] des Fachvereins der Klempner und Gasfitter.

Hamburg

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Versammlung am Sonnabend, den 9. August, Abends 9 Uhr, bei Hansch, Schanzenburgerstr. 14. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht der Einigungscommission. 3. Wahl eines Delegirten zum Kongreß. 4. Discussion der Anträge zum Kongreß. — Die Mitgliedsarten sind vorzuziehen.

L. P. v. ... (26)

Leipzig

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Freitag, den 8. August, Abends 8 Uhr, bei Feidler, Bindmühlstr. 7. — Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht. Ref.: Pätzsch. 2) Fragelasten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Stuttgart

Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Den Mitgliedern zur Kenntnissnahme, daß die Versammlungen von jetzt an jeden Montag Abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Deeter, Bäckersstraße Nr. 27, stattfinden. Die Vereinsmitglieder werden dringend aufgefordert, pünktlich und zahlreich zu erscheinen und fleißig Gäste mitzubringen. Der Vorstand.

Zuverlässige Arbeiter finden bei F. Seifarth, Pianofortefabrik in Mannheim, Beschäftigung. Arbeitszeit 9 1/2 Stunden. Arbeitspreise für Piano folgende:

1. Sorte	4. Sorte	
fl. 11. —	fl. 10. —	Kasten.
„ 4. 36	„ 4. —	Eisenbeile anpassen und bohren.
„ 11. —	„ 9. 30	Resonanzboden (ohne Stimmstockleg.).
„ 5. 15	„ 4. 30	Beziehen.
„ 24. —	„ 15. 30	Kastenbeile.
„ 6. —	„ 5. 30	do. Umbauen.
„ 50. —	„ 25. 30	Abdrehen und Poliren.
„ 18. —	„ 13. —	Zusammensetzen.
„ 11. —	„ 9. 30	Claviatur.

Mechaniken im selben Verhältniß. (26)

Zu allen Arbeiten wird das Holz zugeschnitten gegeben.

Wir gratuliren unserm Freunde Emil Hansch zu seinem Geburtstage, daß der ganze Turnplatz wackelt.

Freund Emil, Du lebst leben und Deine Auguste auch daneben. Wintersdorf, 2. August 1873. Drei Freunde.

Bekanntmachung.

In der am heutigen Tage in Müller's Lokal unter Beisein des Vorstandes stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsraths der Genossenschaftsbuchdruckerei hat sich derselbe in folgender Weise konstituit:

Friedrich Bär, Vorsitzender. Heinrich Diegel, Stellvertreter. Karl Schmeigert, Schriftführer. Joh. Eckstein, Joh. Berner, Beisitzer. Als Mitglieder des Vorstandes fungiren: Carl Kleinig, Vorstand. Jacob Jena, Stellvertreter. Johann Wagner, Kassirer.

Ferner wurde als Termin zur Einzahlung der Gelder auf die Antheilscheine der 3. August bestimmt.

Gelder dürfen nur an den Kassirer, Herrn Johann Wagner, Leimigergweg 136b, gezahlt werden. Derselbe erhält jedes Mitglied ein Statut der Genossenschaft, sowie den Antheilschein. (Der geringste Antheilschein beträgt 2 fl. (= 1 Tblr. 6 Sgr), das Einschreibegeld 9 Sgr (= 2 1/2 Sgr.)

Anmeldungen zum Beitritt werden entgegengenommen beim Vorstand der Expedition der „Hofer Zeitung“, Klosterg. 129, bei Herr Diegel (Consumvereinsladen in der Haderstraße), und beim Kassirer. Hof, 28. Juli 1873.

Der Aufsichtsrath der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Friedrich Bär, Vorsitzender. Heinrich Diegel, Stellvertreter.

Der „Vorbote“

Sozialpolitische Monatschrift von Joh. Ph. Becker, welche alle offiziellen Mittheilungen und das Wesentliche der Kongreßhandlungen der Internationalen Arbeiterassoziation enthält und überaus über Entstehung und Entwicklung dieser Gesellschaft ein deutliches Bild abgibt, ist zu beziehen:

die Kollektion der 6 Jahrgänge (1866—1871) gebestet für Franken 12 = 3 Tblr. 6 Ngr.

der einzelne Jahrgang 2 = 16 Ngr., für Arbeiter und Arbeitervereine um die Hälfte obigen Preises bei Verfall, Pro l'Esque 33, in Gens und in der Buchhandlung des „Volkstaats“.

Die Filialexpeditionen,

welche nach Nürnberg und Eisenacher Protokolle auf Lager haben werden angefordert, selbe sofort zurückzusenden. Auch sind alle Schriften, für welche ein augenblicklicher Absatz nicht vorhanden zu retourniren.

Die Restanten für Schriften und „Volkstaat“ werden Mitte August im „Volkstaat“ namentlich gemacht Expedition des „Volkstaats“.

An die Parteigenossen und Correspondenten!

Wir bitten dringend, alle Briefe, welche für Redaktion oder Expedition bestimmt sind, doch nicht an einzelne Personen, sondern einfach direkt an die Redaktion oder Expedition zu adressiren, andernfalls wir für Verzögerung und sonstige Unzulänglichkeiten, namentlich bei recommandirten Briefen, nicht einzustehen können.

Die Redaktion und Expedition des „Volkstaats“.

Leipzig: Berant. Redakteur G. Casper. (Redaktion und Expedition) Beizerg. 41. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.